



**Fasan:**  
„Land  
übt massiv  
Druck  
auf Gemein-  
de aus.“



**Edlinger:**  
„Wurden  
zur  
Kenntlich-  
machung  
aufge-  
fordert.“



**Reichel:**  
„Ge-  
meinde  
wurde  
Daum-  
schraube  
ange-  
setzt.“

**NÄCHSTER SCHRITT** / Die Stadtgemeinde musste auf „Druck“ des Landes, wie Initiativen-Sprecher Reichel betont, die Steinbruch-Abbaugelände als solche ausweisen.

# Steinbruch: Abbauareal wird kenntlich gemacht

VON PETRA SCHWARTZ

**HAINBURG** / Lange Zeit hat sich die Stadtgemeinde erfolgreich gegen die Kenntlichmachung der Steinbruch-Abbaufelder gewehrt und sich somit auf die Seite der Bürgerinitiative Pfaffenberg gestellt. „Wir haben zweimal der Kenntlichmachung der sogenannten Gewinnungsfelder nicht zugestimmt, da diese Gebiete im Natura 2000 Gebiet liegen“, erklärte Umwelt-Gemeinderätin Michaela Edlinger. Doch die drohende Kenntlichmachung war scheinbar nur eine Frage der Zeit. „Wir wurden vom Land zur Kenntlichmachung aufgefordert“, so Edlinger. Die Stadtgemeinde macht - im Konsens mit dem Land - die Gebiete mit Abbau-Bewilligung kenntlich. Der neue Flächenwid-

mungsplan mit der darin enthaltenen Kenntlichmachung wurde vom Land bereits genehmigt und tritt per 4. April in Kraft.

## Reichel & Fasan: „Land übt Druck auf Gemeinde aus“

„Zu den Flächen zählen auch Gebiete, die im Natura 2000-Gebiet liegen, die unmittelbar an die Wohnsiedlungen angrenzen“, ist Initiativen-Sprecher Peter Reichel über die Kenntlichmachung der Gemeinde enttäuscht. Ob das tatsächlich so ist, wird ein Rechtsgutachten klären - allerdings hätte man vor der Kenntlichmachung zumindest das Gutachten abwarten sollen, so Reichel.

Landtagsabgeordneter Mag. Martin Fasan (Grüne) vermutet, dass die Stadtgemeinde, die sich ja bisher beharrlich weigerte, die

Umwidmung zu genehmigen, vom Land zur Kenntlichmachung jener Gebiete, in denen Bergbau betrieben wird, genötigt wurde. Seitens der Stadtgemeinde spricht man zwar nicht von „Druck und Nötigung“, allerdings meinte Edlinger: „Hätten wir die Gebiete nicht kenntlich gemacht, hätten wir keine einzige Umwidmung mehr vom Land bewilligt bekommen. Das würde natürlich der Stadtentwicklung schaden.“

Fasan sieht in dieser Causa viele offene Fragen und stellte daher auch eine Anfrage an Landeshauptmann-Stellvertreter Ernest Gabmann (siehe Infobox). Der zuständige Mitarbeiter der Büros Gabmann, Büroleiter Wolfgang Koller, war leider bis Redaktionsschluss nicht erreichbar.

## ZAHL DER WOCHE

**73** Jahre Mitglied im Kultur- und Museumsverein, das muss Regierungsrat Anton Halter erst einmal jemand nachmachen. Der Vereinsvorstand ernannte ihn ob seiner Verdienste zum ersten Ehrenmitglied des Vereins.

## ZUR ANFRAGE AN ERNEST GABMANN:

Die Kernfragen der Anfrage:  
■ Welches Interesse die Landesregierung an der Kenntlichmachung hat?  
■ Warum das Land ein Rechtsgutachten negiert, das besagt, dass das örtliche Raumordnungsprogramm in die

Agenden der Gemeinde fällt - sodass ein Untersagen durch das Land einem Gesetzesbruch gleich käme?  
■ Ist dem Land bewusst, dass ein Umwidmungs-Stopp negative Auswirkungen auf die Stadtentwicklung hat?